

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Verjammlungsbeilage kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumehäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Ein kleinlich Geschlecht.

Uns klingen noch die Ohren von den Lobsprüchen, die den freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in reichem Maße zuteil wurden, als sie sich bei Ausbruch des Krieges in der Vaterlandsverteidigung solidarisch erklärten mit den übrigen Volksgenossen. Diese Lobsprüche waren auch ein indirektes Eingeständnis dafür, daß es ein Unrecht und eine hohe Gefährdung der Reichsinteressen war, diese Arbeiterorganisationen, deren Mitgliederzahl 2 1/2 Millionen überstieg, „antinationale“, „reichsfeindlich“ zu bezeichnen. Ehrliche Leute aus dem Lager haben das auch direkt und offen eingestanden und gefragt, wie es nun um das Deutsche Reich stehen würde, wenn jene Millionen freigewerkschaftlich organisierter sich in der Schicksalsstunde des Reiches auch nur passiv verhalten hätten.

Seitenlang könnten wir mit solchen anerkennenden Urteilen über die vaterländische Haltung der organisierten Arbeiter aufwarten, nicht nur aus dem Munde und der Feder „weltfremder Kathedersozialisten und Professoren“, sondern auch von Personen und Organen, die den Industrieherrn sehr nahe stehen. Selbst in der eigens für die Bekämpfung der Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung bestimmten „Arbeitszeitung“ fanden sich damals Äußerungen, von denen wir sagten, hoffentlich werde dort derselbe einseitige Standpunkt auch nach dem Kriege vertreten. In der industriekapitalistischen „Rhein-Westf. Zeitung“ konnte man damals Artikel gegen den Mammonismus lesen, die „Kathedersozialisten“ alle Ehre gemacht hätten. Am 2. September 1914 wandte sich die „Kölnische Zeitung“ gegen die Maulpatrioten und schrieb:

„Franzosen, Russen und Engländer verdienen nicht so sehr unseren Grimm als Deutsche, die in dieser großen Zeit gleichgültig und nur um ihre Privatinteressen besorgt beiseite stehen; sie verdienen das Schmähwort „vaterlandslose Vesseln“, das die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr verdienen. Der rote Sozialdemokrat, der mit entsetzlichem Mut ins Feld zieht oder ein Scherflein in die Sammelbüchse legt, ist viel achtenswerter als der „staatsfeindliche“ Bourgeois, der jetzt für seinen Weibskrank, seine Bequemlichkeit bangt, um vielleicht nach dem Friedensschluß über Vaterland, Sieg und Opfermut zu fakeln.“

Wahrhaftig, so schrieb das große nationalliberale Weltblatt in Wien, und auf diesen oder einen ähnlichen Ton waren damals unzählige Auslassungen in der bürgerlichen Parteipresse gestimmt. Wir begnügen uns jetzt damit, nur noch zu wiederholen, was ein rechtsnationalliberales Blatt über die „Streikgewerkschaften“ damals zu sagen wußte. Die auch wegen ihrer Freundschaft mit den Industrieherrn bekannte „Dortmunder Zeitung“ schrieb am 2. September 1914:

„Gegen unsere Arbeiterorganisationen gab es so manchen Widerstand und Groll. Sie wüßten auch ihre Fehler gemacht haben. Aber wenn sie ihren Mitarbeitern den Sinn für Freiheit und Menschenwürde, den grimmigen Haß gegen juristischen Despotismus anerkennen, ist das nicht auch eine ungeheure wichtige Kraft in unserem jetzigen gewaltigen Kampfe? Kommt nicht eben daher in Hunderttausende unserer Soldaten ein Kampfesmut und ein Opfermut besonderer Art? Und für die Unterstützung der Hinterbliebenen in Arbeiterkreisen, wie wertvoll ist da die praktische Mitarbeit der Organisationen! Wie viel schwerer wäre es ohne die Gewerkschaften, die rechten Wege und Mittel zu finden!“

Besser können auch wir den hohen moralischen Wert der freigewerkschaftlichen Erziehung zur Mannhaftigkeit nicht bekräftigen.

Schlagen wir nun die Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 1915 und 1916 nach, so wird uns eine abermalige „Umgruppierung“ der Gesinnung gegenüber den Gewerkschaften geradezu handgreiflich! Was man vor dem Kriege gegen uns sagte und schrieb, dann unter dem gewaltigen Eindruck des Kriegsausbruchs unterließ und sogar als Unrecht anerkannte, das wagt sich mit dem Fortschreiten des Krieges immer stärker wieder hervor. Heute sind wir „glücklich“ so weit, daß Agenten des Industrieherrntums sich fast gar keine Beschränkung mehr in der Verunglimpfung und Bekämpfung der Gewerkschaften auferlegen! Gar nicht mehr viel fehlt und man fordert schon wieder Anhebelschreie gegen die Gewerkschaften, von denen selbst Herr Staatssekretär Dr. Deibück im Oktober 1914 im Reichstage erklärte, sie „haben ihre volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit bewiesen.“

Wir haben an dieser Stelle vom Beginn des Krieges an unsere Kameraden gemahnt, sich nicht in den Glauben hineinzutäumen, der Krieg würde die Gegenjäre zwischen Arbeit und Kapital aus der Welt schaffen. Diese Gegenjäre blieben, bestenfalls würden sich die Formen des Kampfes mildern, aber auch nur dann, wenn die Arbeiter die Zeichen der Zeit verstünden, sich einflußreicher organisierten. Wir gestehen aber offen, nicht erwartet zu haben, daß schon jetzt das Resselreiben gegen die Arbeiterorganisationen wieder beginne, schon jetzt, wo noch die Hebermacht des Feindes vor den Reichstüren steht! Das haben wir nicht erwartet. Brillend umtobt unsere Landesgrenzen der gewaltigste Geschüttdonner, eine vielfache Hebermacht stürmt gegen die Linien unserer beispiellos tapferen, todesmütigen Soldaten, Menschenopfer fallen unerhört, ungeheuer ist das Leid und die Not der Volksmassen, — und im Innern Deutschlands ist ein kleinliches Geschlecht hinfällig beharreteter und geldstarker Interessenten dabei, den breiten Volksmassen den jeelischen

Schwung zu rauben, der sie allein befähigt, diese furchtbare Zeit zu ertragen.

Was ist denn geschehen, um das erneute Resselreiben gegen die Gewerkschaften zu erklären? Haben sie während des Krieges die Interessen der Volksgemeinschaft verletzt? Haben die sogenannten „Streikgewerkschaften“ irgend etwas getan, was die Landesverteidigung schädigte? Haben die Gewerkschaften ohne Rücksicht auf die vaterländischen Bedürfnisse gehandelt, wann? Oder haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mit Aufbietung ihrer ganzen Leistungsfähigkeit geschafft, um den an sie gestellten industriellen Anforderungen Genüge zu leisten? Das ist selbst von Industrieherrn, wie Emil Kirdorf, anerkannt worden, sehr häufig auch von Vertretern der Zivil- und Militärbehörden. Warum also das neue Resselreiben gegen die „Streikgewerkschaften“, das immer ungentelicher betrieben wird von direkten und indirekten Vertretern des Großunternehmertums?

Klapp und klar gibt und darauf Antwort der im „Mittelpunkt“ (Essen), Nr. 39, abgedruckte Bericht des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins für das Jahr 1915. Die Braunkohlenunternehmer nehmen lebhaften Anstoß daran, daß im Reichstage und in der gewerkschaftlichen Presse

„zielbewußt darauf hingearbeitet wird, den Arbeitern in ihrer Gesamtheit, im besonderen auch ihren Verbänden, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen zu verschaffen!“

Also sagt der Unternehmerverband selbst, daß arbeiterteils kein Allein-, sondern nur ein Mitbestimmungsrecht angestrebt wird. Das entspricht zwar zweifellos dem Wesen des freien Arbeitsvertrages, aber die Unternehmer verstehen darunter das Alleinbestimmungsrecht der Werksherrn. Schon daß die Arbeiter verlangen, über die Arbeitsbedingungen mit zu bestimmen, das bereits bezeichnen die Unternehmer als eine „maßlose Forderung“. Der Unternehmerverband wendet sich weiter gegen die Einrichtung von „Kriegsaussschüssen... zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten“. Die Werksherrn wollen unumschränkt befehlen, der Arbeiter soll widerspruchslos gehorchen. So fassen die Herren den „Wirtschaftsfrieden“ auf.

Weiter bekämpfen die Unternehmer die kleine Verbesserung des Reichsvereines, durch welches die Gewerkschaften, deren volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit regierungsseitig anerkannt ist, von gewissen politischen Blatereien befreit wurden. Ferner bekämpfen die Unternehmer die Einrichtung öffentlicher paritätischer Arbeitsnachweise, es soll bei den Zwangsarbeitsnachweisen mit Aussperrung und „Schwarzen Listen“ verbleiben! Von diesem selbstherrlichen Standpunkt aus kommt der Unternehmerverband zu dem Schluß:

„Nach alledem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftsfriedlichen, sondern Zeiten lebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gehen wir entgegen. Dem trotz aller (III) Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens (III) der Arbeiter in Deutschland schwerer Zeit wird es notwendig sein, den vielfach so falsch beurteilten Herren-im-Hause-Standpunkt zu verteidigen.“

Unter diesen Umständen lag es nahe, daß man in Regierung- (III) und Arbeitgebertreisen dem Gedanken der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, die sich ja vor Ausbruch des Krieges in erfreulicher Entwicklung befand, nähergetreten ist.“

Was hier unter „nationaler Arbeiterbewegung“ zu verstehen ist, das hat ein anderer Unternehmeranwalt deutlich ausgesprochen. Es war in einer am 11. März 1916 zu Düsseldorf abgehaltenen Versammlung westdeutscher Eisen- und Stahlwerkvertreter, wo Herr Dr. ing. Daelen ein Zerrbild von den gewerkschaftlichen Bestrebungen entwarf. Er sprach zwar direkt von dem „Terrorismus“ und der „Feindschaft“ der britischen Gewerksvereine gegen den technischen Fortschritt, meinte aber indirekt die „Streikgewerkschaften“ überhaupt. Alle die alten Radenhüter über die „Gemeingefährlichkeit der Gewerksvereine“ läßt der Redner auf, als ob sich der Weltkrieg mit seinen entgegengesetzten Erfahrungen auf dem Monde abspiele. Was Herr Daelen nur andeutete, das sprach der Unternehmeranwalt Dr. Hoff (Düsseldorf) als Referent (!) auf der Jahrestagung des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands in Breslau (2. bis 4. September 1916) offen aus. Selten haben wir eine so haßerfüllte Rede gehört oder gelesen, wie die des Herrn Dr. Hoff über die „Kampfgewerkschaften“. Und das, während uns der Weltkrieg noch umtobt! Dr. Hoff versiegte sich schließlich dahin, die Gewerkschaften anzuschuldigen, sie unterbänden die Wettkampffähigkeit der Industrie ihres Landes und insofern trügen die britischen Gewerkschaften nicht wenig Schuld an dem Weltkriege!! Die britischen Gewerkschaften wurden genannt, die deutschen waren mitgemeint! Eine Ungeheuerlichkeit, die uns auch aufdeckt, was im Schilde geführt wird.

In der Düsseldorfer Werkvertreterversammlung nun frante der wegen seiner krankhaften Gewerkschaftsfeindschaft fassiam bekannte Unternehmersekretär Dr. Weumer seine beglückten Erinnerungen an eine 1889 unternommene Reise in England aus, kritisierte wieder einmal die gewerkschaftlichen Bestrebungen in Grund und Boden und klagte an („Stahl und Eisen“, Seite 705 ff.):

„Nun, meine Herren, dieselbe Reichsregierung (!) das selbe Reichsamt des Innern (!), welches die Gewerkschaftssekretäre der polnischen, der Dirsch-Dunderschen, der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften einstud, sich mit den Arbeitgebern an einen Tisch zu setzen, schloß davon aus — oder unter seiner Zustimmung wurden ursprünglich ausgeschlossen — die nationalen Arbeiter, unsere (III) sogenannten gelben Gewerkschaften. Also jene Gewerkschaften lehnten es ab, mit ihren eigenen Arbeitsgenossen aus den gelben Gewerkschaften an einem Tische zu sitzen; und bittere Klagen sind mir persönlich von Arbeitern darüber zugegangen, die gesagt haben: „Man muß ja Sozialdemokrat im Deutschen Reich werden, um Belohnungen (!) seitens des Reichsamts des Innern dafür zu empfangen, daß man Sozialdemokrat und nicht ein national gesinnter Arbeiter ist!“

Das ist gewiß allerhand, aber was kann von einem Herrn Weumer anders erwartet werden. Wohin sein Hieb zielt, merkt jedes Kind. Wer die Umsturzbeziehung gegen den gegenwärtigen Reichskanzler, die Hauptpersonen unter den Frondeuren kennt, der weiß, daß auch die zitierte Rede Weumers nur bestätigt, was nun alle Welt weiß, nämlich, daß die Fronde den Kanzler besitzigen will, weil er innerpolitische Reformen, also auch die soziale Verwirklichung der Gewerkschaftsbestrebungen versprochen hat!!! Ein kleinlich Geschlecht von Privilegierten und Mammonhorden will eben unter allen Umständen an seiner mittelalterlichen Selbstherrlichkeit festhalten, möge sich das „niedere Volk“ noch so sehr um die Reichserhaltung verdient gemacht, möge es noch so viel blutige Opfer gebracht und wirtschaftliche Leiden ertragen haben.

Es handelt sich auch bei Weumer nicht um eine „gelegentlich“ Äußerung, sondern, was er sagt, charakterisiert das konzentrische Wühlen jener Kreise gegen jede freisinnige Neuorientierung in Deutschland. Denn in dem Bericht des Braunkohlen-Industrievereins wird auch wörtlich gesagt:

„In Arbeitgebertreisen (!) blickt man mit gewisser Beforgnis auf die überreiche Anerkennung (!) des vaterländischen Verhaltens der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege, die ihnen von fast allen bürgerlichen Parteien und im besonderen auch von Vertretern der Staats- und Reichsregierung (!) bekundet worden ist. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dadurch das Kraftbewußtsein der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und ihrer Führer außerordentlich erhöht wird und bereits liegen Erfahrungen dafür vor, daß dieses Kraftbewußtsein zu immer maßloseren Wünschen der Organisationen auf sozialpolitischem Gebiet und damit zu einer starken Beunruhigung unseres wirtschaftlichen Lebens führen wird.“

Als Beweis für diese „Erfahrungen“ führt dann der Bericht die gewerkschaftlichen Forderungen nach Kriegsaussschüssen zur Beilegung (!) von Arbeitsstreitigkeiten, nach paritätischen Arbeitsnachweisen und die Reichsbereinsgleichnovelle an. Das sind „maßlose Wünsche“!

Wieder hören wir die von Herrn Kirdorf bekanntlich schon im vorigen Jahre erhobene Anklage gegen die Regierungsvertreter, sie ließen sich mit Gewerkschaftsvertretern in Verhandlungen ein, zollten ihnen Anerkennung. Ja, soll denn die Regierung die Gewerkschaftsvertreter zurückerweisen, wenn diese sich bemühen wollen, Schwierigkeiten in den Arbeits- und Ernährungsverhältnissen zu beseitigen oder doch zu mildern? Sähnen es die Industrieherrn etwa lieber, daß sich der Groll im Arbeitervolke über die schlechten Löhne und die Nahrungsmittelpreise anders Luft verschafft? Man kann auf diesen Gedanken kommen, wenn man die Behandlung der Arbeiter, ihrer Vertreter und die Reden und Schreiberleien der Unternehmeranwälte gegen die Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen bedenkt. Man klagt die Regierung an, weil sie mit uns die Arbeiterfragen bespricht, die Unternehmervertreter besprechen sich aber doch viel mehr mit der Regierung! Die Regierung kommt auch den Unternehmerbedürfnissen weit mehr entgegen und zwar so weit, daß sogar durch Regierungsverordnungen die Werkstättelle geschützt und gefördert werden! Unseren Arbeiterorganisationen ist eine solche Förderung noch nicht zuteil geworden, trotzdem tun die Unternehmerorgane so, als ob „man Sozialdemokrat werden müsse“, um von der Regierung „belohnt“ zu werden. In dieser ungeheuerlichen Uebertreibung gefallen sich die Unternehmeranwälte, weil sie hängen, es möchte auch nur ein Titelchen von der industriefeudalen Selbstherrlichkeit verloren gehen. Eher soll alles drunter und drüber gehen, soll der „unfähige“, „sozialistenfreundliche“ Staatsleiter in den Orkus geworfen werden, bevor der kraßeste „Herr-im-Hause-Standpunkt“ auch nur im geringsten geschwächt wird.

Was für ein kleinlich Geschlecht! Auf diesen Schlachtfeldern wird um die selbständige Existenz des Reiches, unserer gemeinsamen Wohn- und Wirkungsstätte, fürchterlich blutig gerungen. Mörderisch wüten die Schlachten unter den Söhnen unseres Volkes. Viele hunderttausende Witwen und Waisen trauern um ihre Gefallenen. Viele Hunderttausende sind ihrer geliebten Glieder beraubt. Millionen von wirtschaftlichen Existenzen sind zertrümmert. Entsetzliches Weh und Leid herrscht im Lande. Veltelarm, buchstäblich blutarm wird die große Volksmasse.

Und statt den jeelischen Schwung dieses so hart leidenden Volkes anzufeuern durch großzügiges Entgegenkommen, arbeitet ein kleinliches Geschlecht an der Sicherung rein persönlicher materieller Vorteile.

„Ihr treibt es arg, ich fürcht', es breche!“

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Sandwichte und Kriegsanleihe.

Mehrere angesehenere bergische Bauern und der Bürgermeister P. L. (S. Glabach) wandten sich in folgendem Aufruf an die Bauern zur Zeichnung der 5. Kriegsanleihe:

Mit Trauer und Sorge haben wir vernommen, daß, abgesehen von sehr rühmlichen Ausnahmen, nicht nur ein großer Teil der deutschen, sondern auch der bergischen Landwirtschaft sich auf Verärgerung über unvermeidliche, kriegswirtschaftliche Maßnahmen nicht so an der Zeichnung der 5. Kriegsanleihe beteiligt hat, wie man hätte erwarten dürfen. Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Anpruchslosigkeit, Sparsamkeit, Fleiß und Klugheit sind von altersher von Bauern geübte Tugenden. Ein Versagen der Landwirtschaft bei der 5. Kriegsanleihe läßt zum mindesten die politische Klugheit vermessen. Der Bauer kann sehr gut zeichnen. 7 bis 8 Milliarden Mark sind seit Kriegsbeginn nach gewissenhafter Schätzung der Landwirtschaft zugeflossen. Soll durch das Versagen der Landwirtschaft bei der Kriegsanleihe durch Verschlebung der politischen Machtverhältnisse nach dem Kriege eine dem Bauer wenig freundliche Geschehnisse heraufbeschworen werden? Erinnert Ihr Euch noch der 80er Jahre, in denen Euch für den jeztener Roggen armstliche 11 bis 12 Mark bezahlt wurden? Sollen diese Zeiten wiederkehren? Nein! Hundertmal nein! Eure Kinder und Enkel würden es büßen müssen. Der Herzog von Berg, S. Maj. der Kaiser und König, soll nicht sagen dürfen: Meine bergischen Bauern in der Front haben restlos ihre Pflicht getan, meine bergischen Bauern hinter der Front haben mitten im heillosen Hunger meinen Arm gefaßt und mein Schwert stumpf gemacht. Welche den bergischen Bauern im Falle eines Durchbruchs an der Westfront! Chapeaux verblüht, Säuren, rauchende Trümmer und hingeworfene Bauern reden eine Summe, aber gewaltige Sprache. Im Falle einer Niederlage oder Vernichtung Deutschlands ist Euer Grundbesitz, Euer Spargroschen, das Geld im Strumpfe ebenso verloren wie die von Euch als unsicher angesehene Kriegsanleihe. Daraus Ihr Bauern aus Eurer Zurückhaltung!

Der „Opferstim“ der Landwirtschaft erfährt durch diesen Aufruf eine treffende Besichtigung. Wir werden daran denken, wenn aus diesen Kreisen einmal wieder gegen die „Vegehrtheit“ der Arbeiter vom Leder gezogen wird.

Vom Durchhalten in Wirtschaften und Kurorten.

Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen erhielt neuerdings aus verschiedenen Reichsagenden wieder Zuschriften, die erkennen lassen, daß hinsichtlich unseres notwendigen Durchhaltens die Anforderungen an den Einzelnen noch immer recht verschieden sind. Es ist schon besagenswert, daß man in einer ganzen Reihe von Städten, auch Großstädten, trotz der erforderlichen Nationalbeschränkungen im Haushalt, in Wirtschaften bei genügendem Kleingeld ohne Marken- und Speisefarte und die nur einmalige Fleischverabreichung kann man im nächsten Lokale leicht durchkreuzen. Ueberhaupt bedeutet die Möglichkeit, für Geld in Wirtschaften die schönsten Speisen, auch wenn sie von der Nationalierung noch frei sind, jederzeit und unbeschränkt erhalten zu können, eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Unbemittelten, die um die Kartoffel und den geringen Lohn und stehen müssen. Schlimm wird die Sache aber, wenn man sich mit gutgefüllter Börse, höchstens durch die Ausnahmebereitschaft des Wagens besetzt, in Kurorten guttlich tun kann. So kann man z. B. in Ostholstein den Frühkaffee so reich wie gewohnt trinken. Auch sonst ist Milch, wenn auch selbstamerweise nicht im Kaffee, glasweise zu bekommen. Noch jetzt wird die Fleischschüssel mittags, und abends zur freien Benutzung unhergeseigt. Leber- und Blutwurst sowie Käse gibt es zu wirklich gutem Brot in Hülle und Fülle. Auch an Eisen ist kein Mangel, der Preis von 60 Pf. spielt ja für die wohlhabenden Gasse keine Rolle. Die Butter wird früh und abends zwar jedem zugeteilt. Ohne die für Kochzwecke, namentlich auch für die beliebten und oft erscheinenden Bratfaktoren, erforderliche beträchtliche Menge, kommen auf den Kopf aber immer noch 30-40 Gramm täglich. Kranken wird gegen Verschönigung des Kurarztes bis zu 1/2 Pfund gegeben. Nur der Zucker ist in einigen Kurhäusern etwas knapp, in anderen steht er aber noch in der Schale auf dem Tisch. An die Abgabe von Nationalmarken (außer denen für Brot) denkt kein Mensch.

Der Ort, an dem dieses Schlaraffenleben zur Selbstverständlichkeit gehört, wird mit Rücksicht auf die Selbstsucht vieler begüterter Verbraucher nicht mitgeteilt. Der Konsumentenaustrich hat ihn aber dem Kriegsernährungsamt angedeihen, das gewiß seinen Einfluß aufbieten wird, um die Begüterten zu einem der Zeit angepaßten Verhalten zu bewegen.

Der Seerrieg im Wandel der Zeiten.

Wenn wir die Schiffstabelle und Handbücher des heutigen Marinewesens studieren, bekommen wir eine Vorstellung davon, wie gewaltig alle modernen Staaten zur See gerüstet sind. Auch auf dem Meer ist es ein Vorkriegs titanischer geistiger Fortschrittskräfte gezeugt und der Seerrieg hat ebenso wie der Landrieg und der Luftrieg durch die fortschreitende Technik in den Kriegswaffen und den Kampfmethoden bedeutungsvolle Wandlungen erfahren.

Primitiv waren die Kampfmethoden des Seerrieges, als zur Fortbewegung des Schiffes noch keine anderen Hilfsmittel angewendet wurden wie Segel und Riemer. Neben dem Wind war der Mensch die wichtigste Kraftquelle.

Bei einem altgriechischen Kriegsschiff hatten die Ruderknaben zu beiden Seiten das Fahrzeug durch die Kraft ihrer Brustkraft vorwärts zu rufen. Die Hauptmasse war vorn an der Spitze des Schiffes, am Bug, der mit Kupfer oder Eisen beschlagene Schnabel oder Sporn. Mit ihm wurde der Mammusch ausgeführt. Man verfuhr mit dem Sporn gegen die Mitte des feindlichen Schiffes anzufahren und dasselbe durch einen wichtigen Stoß zum Sinken zu bringen oder aber die Riemer des Gegners zu zerbrechen. Als eigentliche Angriffswaffen kamen Geschosse zur Anwendung, die von der als Bogenschützen oder als Speerwerfer ausgebildeten Besatzung geworfen wurden. Schilder dienten zum Schutz der Kämpfenden.

Gelang es einem Schiff, die Beweglichkeit des angegriffenen Fahrzeuges durch einen erfolgreichen Mammusch lähmzuliegen, so erfolgte der Entersampf, das Donngemenge Mann gegen Mann.

Die Entwicklung dieser Fahrzeuge verläuft zunächst vorwiegend in der Richtung der Vermehrung der Ruderkraft. Da man bald in der Anordnung der Ruderknaben an eine Grenze kam (der Fünfpaddler, d. h. das Schiff mit zusammen 50 Ruderknaben, scheint nach den alten Abbildungen der größte Typ gewesen zu sein) führt der Kriegsschiffbau jener Zeit schließlich zur Anordnung von Rudern übereinander und nebeneinander. Es entfielen mehrerlei Ruderschiffe und zwar je nach der Zahl der Reihen auf jeder Seite werden unterschieden: Zehneren Dreizehner-Schiffe, Zehneren Vierzeihner-Schiffe, Zehneren Fünfreihner-Schiffe.

Unabhängig von den Völkern des Mitteländischen Meeres hatten sich im hohen europäischen Norden Schiffbau und Schiffahrt entwickelt. Schon bereits im 8. Jahrhundert finden sich die Nachrichten von den Seeräuberküsten der kühnen Wikinger (Wikingen heißt Krieger, kühne skandinavische Seeräuber, Normannen) und wertvolle Kunde im Meer von Schweden sowie in den Norden Norwegens gehen uns über Form, Größe und Bauwerke der Wikingerschiffe eingehenden Aufschluß.

Ein solcher Fund stellt einen Schiffkörper dar von 25 Meter Länge und 5 Meter Breite. Von 12 Rudern wird das Fahrzeug vorwärts bewegt. Die Vor- und Achterleier, d. h. die Gierpöschchen, die von unten nach vorn und hinten auslaufen, sind meist phantastisch geschnitten: vorn ein Drachenschiff, hinten ein Drachenschwanz. Daher wurden die Wikingerfahrzeuge auch häufig Drachenschiffe genannt.

An der Seite wurden hier ebenso wie bei den altgriechischen Kriegsschiffen zum Schutz der Ruderknaben Schilde aufgestellt. Zum Lenken und Steuern des Schiffes wurde an der hinteren rechten Bordseite, dem Steuerbord, ein Steueruder angebracht. Außer der Zahl der Ruderknaben betrug die Besatzung der Wikingerschiffe 30-70 Mann. Im allgemeinen schienen die Wikingerschiffe ohne festes Verdeck gewesen zu sein, zuweilen war jedoch eine Hülle vorhanden oder das Schiff wurde mit einer Decke, einem Zelt überzogen.

Die Wikinger unterliegen in der Wikingerzeit drei Perioden: In der ersten Zeit werden die Wikingerfahrten planlos und ziellos nur der Beute wegen unternommen. Die Fahrten gingen die heimische Küste entlang und gravaus wurde geraubt und geplündert.

schönen Leben zu bringen und den Armen von dem Heberflut mancher Gegenden abzugeben, denn der Krieg um die Existenz des Reiches soll für alle gleichmäßig eine Last, keine Lust sein.

Zudergewinne.

Die Pommerse Provinzial-Zudergewinnerei in Stettin verteilte, wie der Konsumentenaustrich auf Grund einer sachkundigen Prüfung mitteilen kann, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen auf ihr Aktienkapital von 3 000 000 Mk. für das Geschäftsjahr 1913/14: 20 Prozent Dividende und bewilligte für Kriegshilfe 10 000 Mk. Das Kriegsjahr 1914/15 brachte folgenden Ertrag: Der Meingewinn betrug 1 800 000 Mk., also rund 60 Prozent des Aktienkapitals. Auf Gebäude und Maschinen wurden 370 000 Mark abgeschrieben, so daß die Gesamtanlage mit nur 300 000 Mark zu Buche stand. Aus den Profits des Unterhaltungsontos, welches auf 700 000 Mark gebracht wurde, erhalten die Arbeiter und Beamten dauernd entsprechende Kriegszuschüsse zugewandt; für Kriegszwecke wurden größere Beträge zur Verfügung gestellt und schließlich 80 Prozent Dividende auf das Aktienkapital verteilt. Nachdem das Kriegsjahr 1915/16 unter gleich günstigen Produktionsverhältnissen stand, darf wohl angenommen werden, daß das Ergebnis nicht ungünstiger ausfallen wird, und daß schließlich die neue Campaigne des dritten Kriegsjahres mit einer Erhöhung der Spanne zwischen Rohzucker und gemahltem Mehl von 3,80 auf 4 Mk. ihren Anfang nimmt, so dürfte das Unternehmen wohl auch im Berichtsjahr 1916/17 von der Not der Zeit verschont bleiben.

Großbetrieb einer modernen Volkswirtschaft.

Die Stadt Köln ist seit langem bemüht, die Massenherstellung während der Kriegszeit in die richtigen Wege zu lenken; sie hat jetzt eine große städtische Zentral-Volkswirtschaft eingerichtet, über deren Betrieb die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ folgende Angaben macht:

Die große Zentrale liegt am Altingerplatz. Sie bildet einen durchschlagenden Beweis für die wirtschaftliche Heberlegenheit der Volkswirtschaft über die Einzelwirtschaft. In diesem Gebäude finden in drei großen Kesseln an einem Vormittag zweimal 22 000 Liter gleich 44 000 Liter gekocht werden. Mühen ist es möglich, die gesamte Einwohnerzahl einer ansehnlichen Mittelstadt aus einer einzigen Küche zu speisen. Man mag daraus erkennen, welche eine Summe von Arbeitskraft und von Material täglich in den unzähligen Einzelküchen vergeudet wird, von dem Zeit- und Kräfteverlust beim Einkauf, zumal in der jetzigen Zeit, ganz zu schweigen.

Den Hauptbestand der städtischen Speisen bilden infolge der Kriegsteuerung und des Mangels an Fleisch und Fett natürlich Kartoffeln. Rund 15 000 Pfund werden täglich verarbeitet. Für die Herstellung der Kartoffeln wie für die Zubereitung der Speisen überhaupt ist der Grundfabrik durchgeföhrt, das Material durch möglichst wenige Hände gehen zu lassen. Je weniger Finger, desto größer die Reinlichkeit. In der Stadtküche kommen die Kartoffeln zunächst in eine von Wasser durchströmte Rinne, wo sie vom größten Schmutz gereinigt werden, sie gelangen dann auf mechanischem Wege in die Kartoffelwäscher, die sie gründlich reinigt, und landen schließlich in den Schälmaschinen, wo sie unter Zuhilfenahme von Wasser von den Schalen befreit werden. Die nun geschälten Kartoffeln schwimmen unter nochmaliger Meinung weiter und kommen in eine lange Rinne. In dieser stehen eine Anzahl Frauen und Mädchen, die den geschälten Kartoffeln die „Augen“ ausstechen. Diese Arbeit ist die einzige, bei der menschliche Hände gebraucht werden. Die Kartoffeln werden auf ihrem weiteren Wege noch einmal nachgespült und werden endlich auf unterirdischem Wege direkt in die großen Kochkessel befördert. Man wird zugeben müssen, daß eine größere Sauberkeit nicht möglich ist. Jede Hausfrau würde sicher mit Bewunderung sehen, wie dort in einer Stunde spielend 84 Tausend Kartoffeln geschält werden können. Wieviele Hände würden wohl notwendig sein, um das gleiche Ergebnis zu erreichen?

Auch das Gemüse wird maschinell zerkleinert und in einem Bottich, dessen Wasser durch Pochluft in stark wellenförmige Bewegungen gebracht wird, gereinigt. Diese Art der Reinigung geht so stark, daß Schmutz unmöglich haften bleiben kann.

Die Stadtküche verwendet auch Fleisch. Tatsache ist zwar, daß man an manchen Tagen, auch wenn es keine fleischlosen sind, davon recht wenig merkt, aber in die Speisen kommt es auf jeden Fall. Sieht man es nicht immer, so merkt man es doch. Wer den städtischen Weg Fleisch in der Fleischküche erhält, wird zusehend zusehen, daß er sich an einem solchen Anblick lange nicht mehr weiden konnte. Auch die Zerkleinerung des Fleisches wird durch Maschinen vorgenommen, so daß die größte Reinlichkeit verbürgt ist.

In einer Vorrichtung wird die Fleischbrühe, meist unter weitgehender Ausnutzung von Anachen, zubereitet. Auch wird Gemüse vorgekostet.

Dies ist notwendig, weil ja die Speisen zu verschiedener Zeit durcheinander gekocht werden, ist ein Kochen gewisser Gemüse kleinen Kesseln notwendig, damit auch diese Gemüse zugleich mit Kartoffeln gar werden.

Die eigentliche Küche bilden dann drei große Kessel, die alle mit Her für Speisegewürde üblichen Maße überdeckt. Während die Militär nur Kessel in einer Größe von 600 Litern üblich sind, fa die Kessel der Stadtküche 7000-8000 Liter. Diese großen Kessel werden mit Dampf geheizt. Jeder Kessel hat innen am Boden ein Projektor, der durch rotierende Bewegung verhindert, daß die Speisen anbrennen. Die Kartoffeln und das Gemüse gelangen durch zwei verschiedene Nöhren in den verhöhlten Kessel und werden dort gar gekocht, ohne daß sich menschliche Hände im geringsten weiter zu mühen brauchen. Nur Fleis und Gewürz wird noch hinzugegeben; dabei bemerkt, bis zu 80 Pfund Salz in einen Kessel.

Als die Speise fertig, so werden die Eimer unter die Kranen gestellt, ein Hebeldruck, und das Eintopfgericht fließt aus einem Rührwerk in armdem Strom in die Behälter. Die Eimer sind vorz auf einem Spülblock peinlichst gereinigt worden. Etwa darin enthalten gewisse Speisegerichte werden als Viehfutter verwendet, ist dafür gesorgt, daß nichts unkonmt. So wird aus den Kartoffelschalen sogenannte Kartoffelzelle und aus der Stärke, die beim Spülen im Weibhaushalt meist verunreinigt verloren geht, Kartoffelmalz hergestellt. Der Grund dieses Küchensgroßbetriebes, der die Handarbeit auf ein Mindestmaß beschränkt, wird durch eine Sauberkeit bestärkt, die nur in ganz wenigen Haushaltungen erreicht werden kann.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Eine Industrie vor dem Ruin.

Aus Weimar wird der sozialdemokratischen Frankfurter „Volkstimme“ geschrieben, daß durch umfangreiche Grubenaufläufe seit großer niederrheinisch-westfälischer Hüttenwerke der westlichen Montanindustrie in Zahn-, Zill- und Siegfried der heimische Rohstoff, die Eisenerz, für die Hüttenbereitung entzogen und diese dadurch zu Ruin gebracht würde. Wenn das nassauisch-siegenländische Eisenerz ein Niederrhein verbleibt und von dort evtl. als Rohstoff ab Halbgang zurückgeführt würde, seien die Kosten der Weiterverarbeitung so hoch, daß die weitest weichen Betriebe nicht mehr bestehen könnten und stillgelegt werden müßten. Zehntausende arbeitender Arbeiter würden dann arbeitslos und müßten mit ihren Familien den Wanderstab ergreifen. Dann heißt es weiter:

Der hiesige Eisensteinbergbau, die uralte Grundlage einer hoch qualifizierten Eisen- und Stahlindustrie, ist durch die Anwendung der modernen Massenverhüttungsverfahren (Bessemer, hauptsächlich Thyssen-Blas) in den südwest- und westfälischen Grubenwerken längst schon ins Gedränge gekommen. Die phosphorreiche lothringisch-luxemburgische Minette trat neben hochwertigen spanischen, schneidischen, afrikanischen und südafrikanischen Erzen als siegreicher Konkurrent gegen unsere heimischen Eisenerze auf, der zwar bedeutend reichhaltiger (Gewinnungskosten erfordert, dazu für den Bessemerprozeß zu viel, höherer Thomaßprozeß zu wenig Phosphor enthält. Bessere geographische Lage für Wasserkräften und für den Export der Fabrikate), vor allen Dingen das nächste Vorkommen besser Hüttenkohlen begünstigt die rapide Entwicklung der niederrheinisch-westfälischen Hüttenwerke außerordentlich. Nassau-Siegen kam immer mehr ins Hintertreffen. Die Hütten in den Regierungsbetrieben Wiesbaden, Koblenz und Kreuzberg, kamen nur etwas über 3 Millionen Tonnen Förderung hinaus, in lothringischen Minettebezirk stieg sie auf 28 Millionen Tonnen. Die Hüttenverzeugung im engeren Ruhrbezirk, in Hoesen-Nassau und im Siegenland ging sogar in der wirtschaftlich nicht ungunstigen Periode 1903/1911 von 7,1 auf 5,1 Prozent von der deutschen Gesamtproduktion zurück, der niederrheinisch-westfälische Anteil nahm gleichzeitig weiter von 30,8 auf 42,5 Prozent, der lothringisch-luxemburgische von 31,0 auf 33,5 Prozent zu. Eine erhebliche Anzahl der kleineren und mittleren Eisenhütten in unserem Gebiet hielten schon nur in besonders guten Prosperitätszeiten den Betrieb aufrecht, die übermäßige Konkurrenz der großen „gemünzten“ Werke am Niederrhein u. a. brachte schon manches hiesige „reine“ Hoesen- und Walzwerk zum Erliegen. Andere vereinigten sich mit Erzgruben und gingen zur Anlage von Siemens-Martinhütten über. Darauf beruht die Zukunft der Eisenindustrie im nassauisch-siegenen Lande — wenn ihre der Erzgebung aus dem nunmehr Zulaufgebiet verbleibe.

Der Krieg hat plötzlich ganz andere Verhältnisse geschaffen. Die Zufuhr von Qualitätskochen aus Spanien, Afrika, Rußland usw. ist durch die Blockade abgeschnitten, selbst aus Schweden ist sie stark be-

Der zweite Abschnitt dagegen zeigt uns die Normannen schon als gewicakte Strategen und frei von dem früheren Auf graufamer Wildheit. Jetzt treten sie ihre Feinden mit größeren Flotten an, bauen an den Fluhmündungen der Länder, die sie plündern, zu ihrer Deckung feste Türme und Stangen. Von hier aus fahren sie auf ihren flachen Booten dann die Flüsse zum Raubzug hinauf, nur gegen schweres Gezeßel konnte der Landesherren sich den Abzug dieser ungeborenen Gäste erlauben.

In der dritten und letzten Periode treten die Normannen als Vorkämpfer mit großen Flotten von 100 bis 500 Schiffen auf. Sie lassen sich dauernd im erobernden Lande nieder und unterhandeln als kriegerische Macht mit Kaiser, König und Papst.

Die skandinavischen Schiffe bilden die Vorläufer der deutschen Gausa. Bekanntlich war die Gausa ein Hund deutscher Städte, der in seinen Anfängen bis in das 12. Jahrhundert hineinreicht und fünf Jahrhunderte überdauerte. Vorübergehend waren 90 Städte von Amsterdum bis Reval, von den Küsten der Nord- und Ostsee bis nach Bagel und Nowgorod in diesem Hund vereinigt. Das Kriegsschiff mußte unmittelbar den Handel schützen.

Von zwei Seiten wurde der wahrhafte Kaufmann bedrängt. Die Seeräuber machten die Ostsee und Nordsee unsicher und im Bereich bei Gotland im Jahre 1402 führten die Hanfschiffe jene herrliche Schlacht gegen den in den Sagen der Wasserleute viel besungenen Seeräuber Klaus Störtebeker, der gefangen genommen und mit 70 seiner Kameraden enthauptet wurde.

Dann aber wurden die Hanseaten auch von den Königen und Fürsten bedrängt. Jedes kleine Land und Ländchen, das der reisende Kaufmann zu Schiff passieren wollte, forderte Zölle und Abgaben. Für die weltlichen und kirchlichen Machthaber waren das oft sehr wichtige Einnahmequellen, heißt es doch in einer alten Chronik:

Der König und der Bischof teilen
Und Burg und Stadt und Stift und Dom
Mehr Zölle sind am Meise als Meisen
Und Pfaff und Ritter sperren den Strom.

Der Kaufmann mußte also wahrhaft sein und so brachten die Städte in der Wüstenzeit der Hanse zum Schutze ihres Handels eine Flotte zusammen, mit der sie sogar mit großen Staaten Kriege führten.

Die Hanfschiffe besaßen nämlich die skandinavischen Schiffe vorn und hinten kastellartige Erhöhungen, in denen anfangs Katapulte, später Geschütze aufgestellt fanden. Als durch die Einführung eines schlagelagerten Steuerwerks eine genügende Lenkbarkeit möglich war, wurden auch die Segelflächen stetig vergrößert.

In die Zeit des Aufblühens der Gausa fällt die Entwicklung der Seemacht der beiden Republikken Genua und Venedig. Besonders die venezianischen Schiffe, die sogenannten Galeeren, führten die Seeherrschaft im Mitteländischen Meer. Es waren Ruderschiffe bis zu 50 Meter Länge, die Riemer besaßen eine Länge von 15 Meter und wurden meist von fünf Mann bedient. Außerdem führten die Galeeren zwei Masten mit Segel. Später kamen die Galeassen in Anwendung, Fahrzeuge mit größerer Latelage bis zu vier Masten mit größeren Segeln.

Im 14. Jahrhundert trat nun auch für den Seerrieg ein solches Ereignis ein: Die Einführung der Feuerwaffen. Zwar nicht sofort, wie es landläufig manchmal dargestellt wird, verändern die Feuerwaffen die bisherige Kriegsführung, aber in dem Maße, wie es nun doch gelang, Schiffsgeschütze zu bauen, die durch die Kraft des Pulvers zur Wirkung kamen, genügt die alten Formen der Seerriegsführung nicht mehr.

Zur Zeit der Normannen und auch die Seerrieg der Gausa waren zum mindesten Schiff gegen Schiff. Es war eigentlich noch der primitive Raufkampf Mann gegen Mann. In einem Gemälde „Die Schlacht bei Gotland“, von S. Tafel wird dargestellt, wie im

einem dichten Anäuel die Schiffe ineinander gerammt sind. Der Letzte Akt ist der Entersampf. Die Besatzung erklettert ein feindliches Schiff, im Donngemenge fällt die Entschcheidung, nachdem der Mannstosß das Schiff bewegungsunfähig gemacht hat.

Nun aber mit dem Aufkommen der Feuerwaffen schaffte die Schiffskanon die bestimmtesten Formationen. Der Mannstosß verliert als Waffe an Bedeutung. Auf dem Verdeck werden Geschütze aufgestellt, die ein Bugfeuer entfallen, d. h. vorausziehen. In dem Seegefecht von Lepanto im Jahre 1571, der größten Seeschlacht, die mit Galeeren ausgetragen wurde, führte der Admiral D'Austria seine Flotte halbmondförmig gegen den Feind und zerschmetterte ihn durch das von den Bugen der Galeeren kommende überlegene Geschützefeuer.

Anafänge mit der Einführung der Pulvergeschütze fällt auch die Entstehung der Linienchiffe zusammen. England, das Mutterland der modernen Dreackonigschiffe, hat auch die ersten Großkampfschiffe, wie sie in der Seerriegeschichte überhaupt auftreten, gebaut. Im Jahre 1512 ist unter Heinrich VIII. von England der Zweidecker „Genr Grace de Dieu“ vollendet worden.

Das Schiff hatte ein Displacement von 1000 Tonnen. In zwei Reihen wurden im Mumpf 24 Kanonen, auf dem Oberdeck und den beiden seitlichen Aufbauten 26 Geschütze aufgestellt. Am Heck, dem hintersten Teil des Schiffes, sind ebenfalls vier Geschützpforten mit den schweren Geschützen angedeutet.

Die Besatzung betrug 700 Mann, es handelte sich also für die damaligen Verhältnisse um ein Riesenschiff. Ueber die Bauweise des Schiffes, die Schiffsförm und die Tafelege sind genaue Zeichnungen nicht überliefert worden. Joad Schwarz, der auf dem Gebiet der historischen Marineforschung eine Reihe sehr gediegener Arbeiten geschrieben hat, dessen Material auch hier vorwiegend verwendet wurde, ist der Ansicht, daß ein bekanntes Schiffsgemälde des jüngeren Holbein uns von dem „Henri Grace de Dieu“ eine zutreffende Vorstellung geben könne.

Bei diesem Schiff sahen wir die von nun an für das Linienchiff typisch gewordene Anordnung, daß nicht nur die Spitze als Bugfeuer, das Achterdeck (Hintertreck) als Heckfeuer armiert sind, sondern kriegerisch werden die im Schiffsrumpf auf der Breitseite reihenweise aufgestellten Geschütze dem Feind ihre Feuerwaffe entgegen. Es war der französische Schiffbauer Daubagne, der zuerst den Vorschlag machte, Geschützpforten in die Lukenhaut einzuschneiden und die Geschütze in der Breitseite aufzustellen.

Die weitere technische Entwicklung wird wieder in England an einem neuen Großkriegsschiff demonstriert: im Jahre 1637 entstand auf der Werft von Woblenich der Zweidecker „The Sovereign of the Seas“. Dieses Schiff hatte eine Länge von 70,7 Meter, eine Breite von 14,6 Meter. Die Höhe vom Kiel bis zur Spitze betrug 23 Meter. Die größte Laterne am Heck war freilich so groß, daß 10 Personen in derselben Platz fanden. 100 Geschütze sind an Bord, und zwar heißt das Schiff ein Dreidecker, weil reihenweise drei Batterien übereinander liegen. 30 Kanonen und Halbkanonen stehen in der unteren Batterie, 30 Geschütze von kleinerem Kaliber und größerer Länge in der mittleren Batterie und 20 Geschütze auf der oberen Batterie. Dazu sind noch auf dem Oberdeck, im Bug und Heck je 10 leichte Geschütze aufgestellt. Also auch hier schon das Vorzeichen, die entscheidende Kriegsfähigkeit des Schiffes durch die Schiffskanonen zu gestalten.

Kreuzlich dürfen wir die Kriegsfähigkeit eines solchen Großschiffes nicht mit dem Kriegsschiff des 20. Jahrhunderts vergleichen, aber bemerkenswert bleibt die Tatsache doch, daß Englands Schiffe für den Krieg schon frühzeitig darauf hindrängten, die Kampfkraft zur See in möglichst große Schiffseinheiten zusammenzugliedern, mit viel und kleineren Schiffen zu versehen und für die erfolgreiche Verwendung dieser neuen Kriegswaffen eine entsprechende Taktik und Strategie anzubereiten.

schänkt. Besonders der Mangel an für die Bereitung von Hartstahl notwendigen manganhaltigen Erzen wurde sehr groß. Fast mit einem Schlag ist der nassauische Eisenerz, dem häufig ein relativ hoher Mangangehalt eignet (besonders trifft das für Erze aus dem Gießener Bezirk zu), eine stark gefragte Handelsware geworden! Das wäre für unser Gebiet vorteilhaft, wenn sich die großen rheinisch-westfälischen Verbraucher mit dem Einkauf der Erze begnügten. Aber das geschieht nicht, vielmehr hat sich ein enormer Verkauf von Erzen entwickelt, der die heimische Eisenerzindustrie immer stärker mit dem Ertrag ihrer unentbehrlichen Rohstoffbasis bedroht. In benachbarten Siegerland ist der Aufkaufprozess schon soweit gediehen, daß sich nun bereits die meisten der besten Erzfelderungen im Besitz rheinisch-westfälischer Großwerke befinden. Die Großhütten Krupp, Hoesch, Phoenix, Rhein-Stahlwerke, Thyssen, Stinnes, Gutehoffnungshütte, Bochumer Verein, Henrichshütte usw. sind als Käufer aufgetreten und haben Preise gezahlt, bei denen die Verkäufer, darunter nicht wenige kleine „Gewerke“, allerdings ein Bombengeschäft machen. Die Folgen aber sind für unser Industriegebiet keineswegs „glänzend“. Die gefördertsten Erze werden nun nicht mehr im Siegerlandgebiet verhüttet, sondern den Hütten am Niederrhein und in Westfalen zugeführt. Vor dem Kriege betrug diese Abfuhr schon circa 40 Prozent der Gesamtförderung. Aus einer Aufstellung von etwa Mitte Juli 1918 ergibt sich, daß allein von der Förderung der Siegerländer Erzen nur noch 22 Prozent einheimischen, nun schon 70 Prozent rheinisch-westfälischen Hütten gehörte. Inzwischen haben die Zechenaufkäufe ihren Fortgang genommen. Die beste Manganerzader des Bezirkes, Ferriette bei Gießen, ist in Krupp'schen Besitz übergegangen. Man hört hier reden von zahlreichen Aufkaufbehandlungen, die, wenn sie zeltigen, noch bedeutend größere Mengen Eisenerze dem heimischen Verbrauch entziehen würden. Was wäre die allgemeine wirtschaftliche Folge?

Ueber die Zukunft der Siegerländer Eisenindustrie urteilte unlängst selbst ein so kapitalistisch gesinntes Blatt wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: „Eine ungleich schlimmere Wirkung als der veräuserte Erwerb von Kohlengruben würden die Zechenaufkäufe auf die Weiterverarbeitungsindustrie haben. Würde ihr diese entzogen, so werden Produktionsverminderung und Preissteigerungen... die notwendigen Folgen sein... Die ungünstigen Folgen aber werden sich nicht nur bei den Hütten, sondern auch bei der ganzen hiesigen Industrie des Gebietes zeigen und Verschickungen zeitigen, die heute in ihrer vollen Tragweite noch gar nicht übersehen werden können... Der Nachteil ist darin zu suchen, daß sich die Verhüttung der Erze mehr und mehr vom Siegerland weg nach außerhalb verlegt und der Eisenindustrie damit die Wästel entzogen wird, auf der sie sich bisher aufbaute... Die Hochöfenwerke verschwinden allmählich von der Landschaft; sie werden stillgelegt oder suchen ein anderes Unterkommen.“ Dasselbe gilt natürlich auch für die nassauische Eisenindustrie.

In wiederholten Eingaben der Handelskammern Weimar, Gießen, Siegen, haben die Industrievertreter die Eisenbahnverwaltung um Freigabe der Eisenbahn für die Kohlen- und Koksabfuhr aus Westfalen ersucht, um die Möglichkeit zu haben, die Erzförderung des Bezirkes mit Nutzen selbst zu verschiften. Schon 1888 wurde für die Brennstofflieferungen hierher ein Notstandstarif gewährt. Schließlich ist die Kraft für Kohlen und Koks, bestimmt für die Eisenindustrie im Saarn, Dill- und Siegengebiet, auf 1,4 Pf. pro Tonnentilometer und 0,6 Pf. Abfertigungsgebühr ermäßigt worden. (Allgemeines Tarifgesetz 22 und 12 Pf.). Das geschah nach sehr langen Verhandlungen im Landes-eisenbahnrat und wurde von der Eisenbahnverwaltung genehmigt nur mit Rücksicht auf die Erhaltung der sonst fraglichen Existenzfähigkeit der nassauischen Industrie. Und nun steht sie vor der noch größeren Gefahr, durch die besprochenen Zechenaufkäufe ihre wichtigste Grundlage überhaupt zu verlieren!

Interessanten, denen nur ihr persönlicher Vorteil am Herzen liegt, erklären zwar oder lassen durch eine unbedenkliche Presse verbreiten, die Zechenaufkäufe durch kapitalistische auswärtige Firmen seien „sogar ein Vorteil“ für das nassauische Land, denn nun würde ein „großzügiger Betrieb“ geführt, während sonst nicht wenige Zechen unrentabel, oder gar wohl schon zum Erliegen gekommen seien. Außerdem könnten sich ja die hiesigen Eisen- und Stahlwerke leicht aus Westfalen-Westfalen mit Abfällen oder Halbzeug für die Weiterverarbeitung versorgen. Das sind Trugschlüsse. Nichts ist, daß nun auch Erze zu hohen Preisen aufgefauft sind, die vor dem Kriege den wenig lukrativsten Wertbesitzern keine oder nur eine sehr geringe Rendite abwarfen. Die Käufer wissen aber sehr gut, warum sie so hohe Preise zahlen und den Betrieb „großzügig“ einrichten. Heute wird hier für etwa 50-prozentiges Erz pro Tonne 25-26 Mark gezahlt, kurz vor dem Kriege stand der Tonnenpreis für beste Qualität gereinigten Spateisenstein auf 18-19 Mark. Durch das Eingreifen der Regierung vor einigen Monaten ist verhindert worden, daß das Eisensteinindikat den Preis noch um 4,50 Mark pro Tonne höher ansehe. Diese unersättliche Preissteigerung der Spateisensteine ist der unmittelbare Anlaß zu zahlreichen Zechenaufkäufen gewesen, aber darüber hinaus sagten sich die Käufer, der Erzpreis und die Erzverfügung aus dem Ausland würde nach dem Kriege für die Hüttenwerke sicherlich nicht entfernt so günstig sein wie vor dem Ausbruch des Weltbrandes. Schon die ungeheuerliche Erhöhung der Schiffsfrachten werde das bewerkstelligen. Darum werde das gute nassauische-iegene Erz auf lange Jahre hinaus ein stark begehrter Artikel sein, den Zechen einen hohen Profit sichern und darum rentiere sich ihr Erwerb auch zu sonst unerhörten Preisen. Ueber die Erziebigkeit namentlich der nassauischen Eisensteinlager urteilte 1907 der hervorragende Geologe Dr. C. E. C. für die „Annahme der Erschöpfung der Eisenerz-lager“ fehle es an jeder wissenschaftlichen wie praktischen Grundlage.“ Die getätigten Vorratsfeststellungen deuten darauf hin, daß der Bergbau im jetzigen Umfang „noch viele Jahrzehnte erhalten werden kann“. Das ist natürlich auch den von Sachkennern beratenden Käufern bekannt.

Dr. C. E. C. hat aber auch ein auf genauer Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse beruhendes Urteil über die Zukunft der nassauischen Eisenerzindustrie abgegeben. Er schrieb (im Werke „Der Eisenerzbergbau und die Eisenindustrie“ an der Laub, Dill und in den benachbarten Bezirken“, Hirsch-Jena 1907), die im Laubgebiet gelegenen Wäld- und sonstigen Eisenerze würden zum Erliegen kommen, wenn man die hiesigen Hüttenwerke nicht weiter betriebe; „denn es würde ganz unrentabel sein, rheinisches und westfälisches Eisen hierher zu transportieren und zu verwalzen oder sonstwie zu verarbeiten, weil dieses an Ort und Stelle, der bedeutenden Ersparnis an Transportkosten für Eisen und der Wärmeausnutzung wegen viel vorteilhafter geschehen kann. Umgekehrt 35 Werke beschäftigen sich gegenwärtig mit der Weiterverarbeitung des im Laubgebiet erlassenen Hoheisens.“ So sieht ein hervorragender Sachkennner die Zukunft der ausgebeuteten hiesigen Eisen- und Stahlindustrie, für den Fall, daß den Schmelzhütten das nötige Erz entzogen wird. Das aber geschieht durch die Zechenaufkäufe, denn ihnen kommt es an auf die Versorgung ihrer auswärtigen Hütten und Eisengießereien.

Der Einsender sagt am Schluß, die Staatsgewalt dürfe der planmäßigen Nüternung eines unrenten und lebensfähigen Industriegebietes nicht gleichgültig zusehen, sondern sie müsse verfügen, daß den Schmelzhütten die nötigen Erze aus den einheimischen Erzgruben beschaffen müssen. Geschehe das nicht, dann sei eine folgenschwere Katastrophe zu erwarten.

Sonderrechte des Bergbaus im Kohlenindikat.

Der neue Syndikatsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-indikats, der am 14. Oktober von den Zechenbesitzern unterzeichnet werden soll, enthält am Schluß die Sonderrechte des königlichen Preussischen Bergbaus. Der Vertrag, § 42, lautet:

Dem königlichen Preussischen Bergbau, welcher mit dem der Bergwerksdirektion in Neudamm unterstellten Gruben mit Ausnahme des Steinkohlenbergwerks bei Ibbenbüren der Vereinigung beiträgt, sind folgende besonderen Rechte eingeräumt worden:

1. Der Fiskus hat das Recht, seine Zugehörigkeit zur Vereinigung jederzeit mit mindestens vierwöchiger Frist zu Vierteljahresbeginn zu kündigen mit der Maßgabe, daß er frühestens 14 Tage vor dem Ende der Kündigungsfrist den Verkauf seiner Erzeugnisse für die Dauer nach dem betreffenden Vierteljahresbeginn aufnehmen darf. Die Kündigung gilt auch für die Bergwerksgesellschaft Hibernia, wenn diese in die Vereinigungsmacht des Staates gelangt. Vor Ausspruch der Kündigung wird der Minister für Handel und Gewerbe den Organen der Vereinigung Gelegenheit zur Erörterung der Gründe für den Austritt geben.

Nach erfolgter Kündigung ist die A.-G. „Rheinisch-Westfälisches Kohlenindikat“ nicht mehr berechtigt, Weiterverläufe bergbaulicher Brennstoffe über den betreffenden Vierteljahresbeginn hinaus vorzunehmen.

Die von der A.-G. „Rheinisch-Westfälisches Kohlenindikat“ mit Wirkung über den Vierteljahresbeginn hinaus mit Dritten bereits abgeschlossenen Verläufe sowie die Verpflichtungen der A.-G. „Rheinisch-Westfälisches Kohlenindikat“ aus schwebenden befristeten Angeboten in bergbaulichen Brennstoffen werden vom Fiskus nicht erfüllt.

2. Der Minister für Handel und Gewerbe hat das Recht der Entscheidung, wenn eine Minderheit von wenigstens 40 vom Hundert aller Stimmen (ohne diejenigen des Fiskus) für Herabsetzung aller oder einzelner Richtpreise oder gegen ihre Erhöhung sind. Die Entscheidung des Ministers ergeht binnen 48 Stunden, nachdem ihm das Ergebnis der Abstimmung bekannt geworden ist.

3. Der Fiskus hat das Recht, bis zu 450 000 Tonnen jährlich in Anrechnung auf seine Verkaufsbefreiung an Reichs- und Staatsbetriebe frei von der Rechnungsumlage zu liefern, er hat dafür also nur die Tonnenumlage zu bezahlen. Eine Ueberschreitung der 450 000 Tonnen ist zulässig, wenn und soweit die Wahrung der öffentlichen Belange eine unerwartet starke Bedeutung fiskalischer Stellen mit Brennstoffen erfordert. Für diese Mehrmengen bezahlt der Fiskus auch die Rechnungsumlage.

4. Der Fiskus bleibt frei von Umlagen, die gemäß § 33 zwecks Erwerbs von Grubenfeldern und Bergwerksteilen erhoben werden.

Frauen unter Tage?

Aus verschiedenen Teilen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gingen uns in den letzten Wochen Nachrichten zu, denen zufolge die Absicht bestehe, weibliche Arbeiter auch unter Tage zu beschäftigen! Es sollten sogar schon Frauen unterirdisch angefahren sein, aber unsere genaue Nachfrage stellte fest, daß diese Mitteilung nicht zutrifft. Wohl aber ist von uns einwandfrei ermittelt worden, daß auf verschiedenen Stellen bereits Frauen gefragt worden sind, ob sie unterirdisch arbeiten möchten! Ein höherer Beamter auf Zeche Germania (Gelsenkirchener A.-G.) sagte im Arbeitergespräch, es schwächen Ermüdungen, ob Frauen unterirdisch zugelassen werden sollten, hoffentlich erfolge die Zulassung. Diese Erklärung erzeugte schon große Beunruhigung in der Delegation.

Wir haben uns um gefällige Aufklärung an das Oberbergamt gewandt und erhielten von dort den Bescheid:

Der Antrag, Frauen auch unterirdisch zu beschäftigen, ist bei der Bergbehörde eingereicht. Die Behörde ist sich noch nicht schlüssig geworden. Das Oberbergamt steht auf dem Standpunkt, daß es auf Grund des sogenannten „Ermüdungsgesetzes“ vom 4. August 1914 auch über die Zulassung von weiblichen Arbeitern unter Tage entscheiden kann!

Also so weit ist die Sache schon gediehen. Wir sehen hier jetzt ab von der so doch zweifellos Erörterung der Frage, ob die Oberbergämter eine so unabweisbar schwerwiegende Verschlechterung des Arbeiterstandes, wie sie die Zulassung unterirdischer Frauennarbeit bedeutet, von sich aus vornehmen dürfen. Wir bestreiten diese Kompetenz entschieden! Erklären aber auch so gleich, daß, wenn nun auch noch die Frauen, wie bereits die Knaben von 14 bis 16 Jahren, unterirdisch angelegt werden, die volle Verantwortung für die Folgen dieser der deutschen Kultur und dem Volksempfinden stark entgegengesetzte Maßnahme allein ihren Veranlassern und Genehmigern zufällt! Wir wissen uns in dieser Erklärung völlig einsig mit den Vertretungen der 3 anderen Bergarbeitergewerkschaften!

Kein Mensch kann mit Recht behaupten, daß die Bergarbeitergewerkschaft und ihre gewerkschaftlichen Vertretungen nicht in sehr hohem Maße den kriegsbedingten Anforderungen Rechnung getragen haben. Es ist arbeitseits anerkannt worden, daß außerordentliche Zeiten außerordentliche Mittel rechtfertigen. Aber es ist doch ein Maß in allen Dingen. Dieses Maß wird überschritten, wenn die Behörde die Unterirdische Arbeit von Frauen und Mädchen gestattet! Für diese Beschäftigung liegt auch kein unabweisbares Bedürfnis vor. Die Kohlenförderung steigt so, daß jetzt auf verschiedenen Stellen nicht mal genug Waggons zum Abtransport vorhanden sind. Wir kennen ferner Zechen, wo sogar brauchbare Pauer neuerdings zur Kündigung veranlaßt wurden durch Beamte. Also ist ein Arbeitermangel dort nicht vorhanden. Wir wissen ferner, daß seitens des Bergwerksministeriums Erklärungen gegen die Frauennarbeit unter Tage abgegeben sind, weil sie dem deutschen Kulturstande widerspricht und deshalb eine höchst gefährliche Erregung in die Weisheitskräfte tragen wird.

Uns ist allerdings bekannt geworden, daß längst schon Bestrebungen im Gange sind, neben den Knaben auch Mädchen und Frauen unter Tage anzufahren zu lassen. Deshalb gerade hat unser Kamerad Hue bereits im März d. J. im Landtage einen besseren, Kinder- und Frauenschutz gefordert. Sein Antrag, die unterirdische Kinderarbeit „sofort aufzuheben“, ist zwar abgelehnt worden, angenommen aber wurden die weiteren Anträge Hues:

1. Die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern in Berg- und Hüttenwerken mit Tätigkeiten, die ihre Kräfte übersteigen, ist zu untersagen.
2. Die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter in Berg- und Hüttenwerken ist nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Eistlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind.

Daß nun mindestens die Arbeit der Frauen unter Tage durch die Annahme dieser Anträge als nicht zenehmigungswürdig erklärt worden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Zum Ueberflus sei auch noch gesagt, daß, als Hue in der Landtagskommission sich mit aller Schärfe gegen die ihm bekannt gewordene Absicht, auch weibliche Arbeiter unter Tage zu beschäftigen, wandte, sowohl von bürgerlichen Parteivertretern wie auch regierungsseitig erklärt worden ist, an diese Beschäftigung wäre gar nicht zu denken!

Das sei einleitend zur Sache gesagt. Wir können nur auf das allerdinglichste davor warnen, dem nunmehrigen Antrag der betr. Werkbesitzer stattzugeben!

Mannesmannöhrenwerte A.-G.,

die seit 1912 auch im Besitz der Zeche Königin Elisabeth ist, hat „den Krieg bisher recht gut überstanden“, das zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Aktienkapital	Betriebsgewinn	Abfchreibungen	Reingewinn	
				absolut	in Proz. des Aktienkapitals
1908/09:	22 500 000	9 885 095	2 611 813	4 676 931	20,79
1909/10:	30 000 000	9 600 645	2 368 810	4 699 133	15,66
1910/11:	33 000 000	9 511 676	2 376 286	4 618 290	13,99
1911/12:	61 000 000	11 268 772	2 445 480	5 876 068	9,63
1912/13:	61 000 000	15 368 880	2 857 374	9 837 150	16,13
1913/14:	72 000 000	16 804 193	6 855 351	6 867 678	9,54
1914/15:	72 000 000	15 878 686	2 989 339	8 120 001	11,28
1915/16:	72 000 000	31 184 176	3 871 417	16 987 224	23,59

Die Abfchreibungen, Rückstellungen usw. waren also immer recht hoch, wie schon ein Vergleich zwischen Betriebsgewinn und Reingewinn zeigt. Vor dem Betriebsgewinn von 1915/16 sind 3 v. u. a. abgesetzt für Anleihen und Aufgeld 1 046 486 M., für Umjah-, Wert-zunachs- und Kriegsgewinnsteuer 3 700 000 M., Abfchreibungen auf Anlagen und Beteiligungen 2 871 417 M., Rücklage für Außenstände 787 338 M. Bei solchen Gewinnen läßt sich durchhalten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialistische Arbeit der deutschen Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ teilt die Mitteilung für eine Münchener Gewerkschaftswoche (vom 17. bis 23. September 1918) mit folgendem beachtenswerten Artikel ein:

„Mitten in den Trümmern des Weltkrieges rufen wir die deutsche Arbeiterbewegung zur Sammlung ihrer aufbauenden Kräfte auf. Es sind dies die organisierten Kräfte, die seit drei Jahrzehnten die deutschen Arbeiter aus einer kapitalistischen wirtschaftlichen und politischen Schattenezistenz zu einer mitbestimmenden Macht des deutschen Volkslebens emporgehoben haben und die sich wieder in voller Planmäßigkeit und in Stärke entfalten sollen. Eine lebensvolle, die deutsche Volkswirtschaft fördernde Potenz wirkt sich im deutschen Gewerkschaftswesen aus, und das, was es bisher der deutschen Vergangenheit war, soll es in vielfältiger Form der deutschen Zukunft werden.“

Die Politik der deutschen Gewerkschaften erschöpft sich nicht in Bestrebungen zur Erhöhung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten, obwohl schon dieses Programm allein ihre Existenz rechtfertigen würde, sondern strebt nach allen Seiten des wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Lebens aus. Sie erzieht durch eine vielbreitete Gewerkschaftspresse die deutsche Arbeiterbewegung zu einer regen Beteiligung am deutschen und internationalen Kulturleben überhaupt. Wenn der deutsche Arbeiter sein früheres wirtschaftliches und politisches Selbstbewusstsein von sich abstrifte, dann verbannt er es nicht zuletzt seiner Gewerkschaftspresse, die gemeinsam mit den Vororganen der Sozialdemokratie die so sehr eingesperrten Stimmengruppen und Anrechtsschlaggedanken aus der Seele des deutschen Proletariats vertreibt. Auch die deutschen Gewerkschaften übernahmen von dem großen Schöpfer der politischen Arbeiterbewegung, von Ferdinand Lassalle, das Programm einer sozialen und kulturellen Vervollständigung der Gesellschaft. In dem Arbeiter sah Lassalle stets den konsequenten Vordenker aller der großen Kulturarbeiten, die uns spätere Gesellschaftsepochen in einem unterirdischen Zustande überleitet hatten. Die Befreiung des Menschen, die Wanklung vom Materialismus zum Kulturstaat, sie konnte erst der Arbeiter in einem von der „See des Arbeiterstandes“ völlig beherrschten Staate vollbringen. Das Prinzip des „Arbeiterstandes“ als des künftig herrschenden Prinzips der Gesellschaft, enthält nach Lassalle einen neuen sittlichen Inhalt: In der sittlichen Idee der freien Verwirklichung der individuellen Kräfte, welche die bürgerliche Gesellschaftsperiode verdrängte, trat die Idee der Solidarität der Interessen, der Gemeinamkeit und Gegenseitigkeit in die Entwicklung. Und gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde die hervorragende Fördererin gemeinsamer Interessen. Und nicht allein die Lohnarbeiter, den ganzen Menschen um die Gewerkschaftsbewegung mit sich in die Bahnen einer großen Kulturbewegung. Die Gewerkschaften veranfaßten Bildungslehre im großen Umfang und schufen sich gediegere Bibliotheken. Im Beginn des neuen Jahrhunderts konnten sich die Gewerkschaften des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Sozialarbeiterverbandes in Berlin ganz hervorragen, mit gründlicher wissenschaftlicher Kenntnis und seinem literarischen Geschma zusammengeleiteter Bibliotheken rühmen. Ueberall suchten die Bibliotheken den geistigen Horizont des Arbeiters zu erweitern und das Verständnis für das ökonomische und kulturelle Leben der Völker zu erweitern.

Die deutsche Gewerkschaftspresse hat sich stets bemüht, den deutschen Arbeiter in die großen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens einzuführen. Und das erkennt erst jüngst Dr. Adolf Braun, der wahrlich kein untriffliger Vordenker des deutschen Gewerkschaftswesens ist, in seinem Schriftchen: „Internationale Verbindungen der Gewerkschaften“ treffend an. Er schreibt nämlich: „An Stärke und finanzieller Kraft waren in Europa mit den deutschen Gewerkschaften bloß die Trade Unions vergleichbar, aber sie haben noch einen weiten Weg zu machen, bis sie zu der Zentralisation der deutschen Gewerkschaften gelangen. Wie weit die geistige Vervollständigung ihrer Mitglieder von denen der deutschen Gewerkschaften entfernt ist, zeigt ein Vergleich des Inhalts und der Art der gewerkschaftlichen Zeitorgane in deutscher und in englischer Sprache. Das Verständnis für die Verhältnisse des Auslands und für die wirtschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Arbeiterklasse mit der Lage und den Entwicklungsbedingungen der Arbeiterklasse anderer Länder ist in Deutschland, wenn auch absolut sicher nicht genügend, so relativ sehr gut in den Gewerkschaften entwickelt, während es in der englischen Arbeiterbewegung, deren geistiges Leben zuletzt infolge des Sports sehr ungenügend gewickelt ist, nur spurenhaf zu finden ist.“

In dem letzten verfloffenen Vierteljahrhundert hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine umfassende demokratische kulturelle und sozialwirtschaftliche Umformungsarbeit von unten auf an der heutigen Gesellschaft verrichtet. Wir können diese natürlich hier nur kurz streifen:

Infolge fünfundsiebenzigjähriger harter wirtschaftlicher Kämpfe und emsig aufbauender gewerkschaftlicher Tätigkeit hat sich eine tiefgreifende Veränderung in den deutschen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollzogen. Die Gewerkschaften erwarfen durch ihre tatkräftigen Lohnbewegungen, daß für 1 1/2 Millionen Arbeiter die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt werden. Diese sind der Arbeitsbestimmenden Gewalt des kapitalistischen Herrschafts entgegen und der Kontrolle der Gewerkschaft unterstellt. „In den mehr als 90 Prozent der Tarifverträge bildete der Zehnjahrestag die obere Grenze der Arbeitsdauer.“ („Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.)

Die „Elemente eines neuen Arbeiterrechts“ bildeten sich also. Die Gewerkschaften verdrängten in wachsendem Maße den individuellen durch den kollektiven Arbeitsvertrag. Sie erkmüpfen den Arbeiter innerhalb eines sich ständig erweiternden Rahmens das Bestimmungsrecht in den grundwichtigen Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung, der Werksstättenhygiene. Sie verändern dadurch gleichsam den sozialrechtlichen Charakter des kapitalistischen Betriebes.

Aber damit nicht genug, dehnten die Gewerkschaften durch die Arbeiterzuschußgebung das Kontrollrecht des Staates über die kapitalistischen Unternehmensformen aus und drängten planmäßig zu einer staatlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse hin. Ein Einbruch in das Recht des „Herrn im Hause“ erfolgte also von zwei Seiten aus durch die rein gewerkschaftliche und politisch-gewerkschaftliche Tätigkeit unserer großen Zentralverbände.

Die soziale Rechtsordnung der heutigen Gesellschaft zeigt aber noch eine Einbruchsstelle, an der wir die deutschen Gewerkschaften in voller Tätigkeit sehen. Der individualistisch-kapitalistischen Gesellschaft wurde durch die Macht der sozialdemokratischen Bewegung der staatliche Zwangsversicherungsgedanke aufgedrückt. Bismarck stellte ihn in seinen Dienst, gerade weil er die Sozialdemokratie „positiv“ und nicht allein durch Versicherungsgebühren beruhende soziale Versicherung will nun den Arbeiter vor den existenzuntergebenden Folgen von Krankheit, Unfall, vorzeitiger Invalidität usw. sichern. Diese staatliche Gesetzgebung suchen nun die Gewerkschaften möglichst zu erweitern und sozial zu vertiefen. Deutsche Gewerkschaften organisierten daher die Wahlen zu den Krankenkassen, zu den Landesversicherungsanstalten und suchten in diesen Institutionen großzügige sozialhygienische Programme zu verwirklichen. Sie wirkten dann nicht unerheblich auf den sozialen Geist der Rechtsprechungsinstitute der sozialen Versicherung ein. Sie vertieften den Begriff des Betriebsunfalls, der Invalidität usw. durch ihre Tätigkeit in den Rechtsprechungsinstituten (im Reichsversicherungsamt). Zur Wahrung der Rechte der versicherten Arbeiter schufen sie Arbeitersekretariate und verrichteten so eine wichtige Vorarbeit für die Einführung einer unentgeltlichen Rechtshilfe.

Die staatlichen Versicherungsinstitute erfüllen nur zum Teil die Forderungen der Gewerkschaften an eine leistungsfähige soziale Versicherung. Die Gewerkschaften haben aber ein Lebensinteresse an dem planmäßigen großzügigen Ausbau derartiger Institute, die den Arbeiter vor dem Herabfallen in die sozialen Abgründe des Lumpenproletariats schützen und seine Widerstandskraft gegenüber dem Unternehmertum erheblich stärken. Gerade hier entbehrte schmerzlich das Proletariat einer Versicherung vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Deshalb schufen die Gewerkschaften das Fundament einer tragfähigen Arbeitslosenversicherung, und so bahnten sie der gesetzgebenden Tätigkeit des Staates einen neuen Weg zur staatlichen Lösung dieser großen Versicherungsaufgabe.

Unermüdblich waren also Kräfte der organisierten Arbeiter an dem Werk einer weitgehenden Sozialisierung der privatkapitalistischen und sozialrechtlichen Institutionen. Diese Arbeit fand eine zweckvolle Ergänzung in der Begründung großer Konsumgenossenschaften, die vor-

allen die arbeitenden Massen zusammenfassen und sich auf demokratische Grundlage aufbauen. Daher erhebt das Genossenschaftswesen der Großstädte durch die Gewerkschaften die stärkste Forderung.

Wichtig, der Sozialpolitik, der nur in den Gewerkschaften „Streikvereine“ zur Erreichung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit steht, ist nicht einmal bis zur Oberfläche des deutschen Gewerkschaftswesens vorgedrungen.

Internationale Rundschau.

Erklärung der französischen Fraktion bei Bewilligung der Kredite.

Am 22. September 1916 hat die ganze französische sozialistische Fraktion, mit Ausnahme von Blanc, Veizon und Ruffin-Duquand sich die Kriegskredite gestimmt.

Die sozialistische Partei stimmt für die Kredite. Sie hat für sie am 4. August 1914 gestimmt, um Frankreich gegen einen gefährlichen Angriff zu schützen und zu verteidigen.

Wir stimmen für sie, weil wir bereit sind, alle Anstragungen zu unterstützen, um die Unversehrtheit des Gebietes von Frankreich zu sichern, um Elend-Lothringen die Wiederherstellung des im Jahre 1870 getretenen Rechts zu verschaffen.

Den Regierungen der Verbandsländer liegt es ob, die Stunde des Friedens, des Rechts zu beschleunigen, sowohl durch eine energische und häufig zusammenwirkende militärische Aktion.

Diese Erklärung ist auch von den französischen Minderheitsmitgliedern, wie Lonquet, Mistré, Pressimane, Majéras, Deguise usw. unterschrieben.

Magin Gorki an das Volk.

In dem Blatte „Die neue Achse“ stellt der russische Dichter Magin Gorki folgende für das Volk bestimmte Betrachtungen an: Die furchtbaren Feinde der Menschheit — das sind die Dummheit und die Habgier, deren Schwärze von der Habgier der Reichen, von der Dummheit der Armen — kommt alles Anheil, kommen alle Leiden auf der Erde.

Der Krieg, der während dieser zwei Jahre Millionen der arbeitsfähigen Menschen vernichtet, ihre Arbeit und die ihrer Vorfahren zerstört und die fruchtbaren Erdschichten verdirbt — diesen Krieg begannen Dummheit und Habgier, die Urherbinnen alles Unheils.

Folgen einer Alteslage.

Der „Textil-Arbeiter“ (Nr. 40) schreibt am Schluss einer längeren Betrachtung über die zukünftigen Wirtschaftsverhältnisse: „Verliert Deutschland den Krieg, dann wird man uns keine leichten Bedingungen auferlegen.“

Mißstände auf den Gruben.

Historisches Salzbergwerk Friedrichsbad (Zachum). Hier herrscht das Gebot: Genug Salz heraus! „Was genug“ ist, hat aber noch kein Arbeiter ergründen können. Dieses Gebot treibt Vorgehens- und Arbeiter an und macht die Arbeit zu einer Hölle.

Königreich Sachsen.

Selene-Zwischacht (Sobendorf). Viele Klagen hört man seit längerer Zeit über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf diesen Werken. Die Arbeiter sind infolge mit dem Lohnen im Nachteil gegenüber den Arbeitern auf anderen Gruben, weil durch die hohen Temperaturverhältnisse keine Kriegsgewinnlöhne verdienen können.

anständiger Lohn verdient würde. Das ist aber bei vielen Arbeitern keineswegs der Fall. Die meisten Orte haben einen Gewinn zwischen 50 und 60 Prozent, einige bleiben sogar unter 50 Prozent.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Es geht vorwärts.

wo unsere Verbandskameraden auf dem Posten sind. So wurden z. B. durch eifrige Verarbeitung in der Zählstelle Steele im Juli 9, im August 20, im September 33 und am 1. Oktober 3, zusammen also 65 Neuaufnahmen gemacht.

Lohnerhöhungen auf Zeche Hamburg-Ringeltaube.

Verichtigung. Zu den in Nr. 36 und 38 gedachten Ausführungen zu unserer Verichtigung in Nr. 36 der „Bergarbeiter-Z.“ stellen wir fest, daß unsere Verichtigung betreffend Zusagen in der Lohnfrage seitens der Betriebsleitung unserer Schachtanlage Hamburg gelegentlich einer Einigungsbehandlung vor dem Hgl. Bergverwalter beantragt wurden.

Nachdem somit der Inhalt unserer Verichtigung von sechs der insgesamt an der Verhandlung beteiligten sieben Personen als zutreffend festgesetzt ist, betrachten wir die Angelegenheit als für uns erledigt.

Wir können demgegenüber nur wiederholen: Um sich solche Erfahrungen zu sparen, sollten die Arbeiter alle Vereinbarungen grundsätzlich nur schriftlich treffen.

Ausführung der Schachtanlage 4/5 von Kentordia.

Am 27. August fand eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Concordia Schächte statt, worin der Ausschuss über das letzte halbe Jahr seiner Tätigkeit Bericht gab.

1. Absonderung der angeworbenen ausländischen Arbeiter von der hiesigen Belegschaft in der Wäschkammer, 2. Zulassung des Arbeiterausschusses bei der Verteilung der Zusatz-Lebensmittel für Schwerarbeiter, 3. Aufhebung der noch niedrigen Löhne, im besonderen der Schichtlöhne, 4. Beschaffung von Kartoffeln für den Winter für die Belegschaft durch die Betriebsverwaltung, Beschaffung von Seife durch das Werk, 5. Regelung der Seilfahrt und Instandhaltung der Lampen.

Diese Ausschussführung fand für die Schachtanlage IV und V am 26. September statt mit folgender Tagesordnung: 1. Absonderung der angeworbenen ausländischen Arbeiter von der hiesigen Belegschaft in der Wäschkammer, 2. Hinzuziehung des Arbeiterausschusses bei der Verteilung der vom Kriegsernährungsamt gelieferten Lebensmittel, 3. An der Verwaltungsmöglichkeit, der Belegschaft eine gewisse Menge Seife zu stellen? 1. Verschiedenes.

Im voraus sei bemerkt, daß auch in dieser Sitzung die Direktion nicht anwesend war und daß auch der Antrag über die Lohnfrage auf der Tagesordnung fehlte. Hierüber vom Ausschuss befragt, erklärte man, daß die Lohnfrage nicht zu den Aufgaben des Ausschusses gehöre.

Antrag 1 soll geregelt werden, jedoch ginge das nicht von heute auf morgen, da man die ganze Belegschaft umnummerieren müsse. Zum Antrag 2 wurde erklärt, daß dem nichts im Wege stünde, jedoch war man auf die Veränderung dieses Antrages seitens des Ausschusses sehr gespannt.

Der Ausschuss erklärte, daß ihm Zuschriften aus der Belegschaftsversammlung zugegangen seien, in denen behauptet wurde, daß von den Beamten über Tage, die nicht berechtigt sind, Lebensmittel mitgenommen würden. Da man die Waren nur gegen Barzahlung abgibt, wurde vom Ausschuss angeregt, dieselben gegen Quittung abzugeben, es sei dann auch festzustellen, von wem dieselben geholt würden.

Antrag 3 war schnell erledigt, indem erklärt wurde, daß die Seifen-Zusatzscheine da seien und diese in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen. Zu Punkt 4: „Verschiedenes“, erklärte man, daß die Seilfahrt der Mittagschicht auf Schacht V verlegt und jetzt in 20-25 Minuten beendet sei, welches vom Ausschuss auch anerkannt wurde.

sie sich betreffs der Bezugscheine und der Menge streng an die gegebenen Verordnungen halten müsse und der Preis voraussichtlich derselbe sein werde wie der Händlerpreis, denn die Zeche könnte auch nur die Kartoffeln von der Stadt beziehen wie die Händler.

Belegschaftsversammlung von Sterkrade und Hugo.

Die Arbeiterausschüsse der Zeche Sterkrade und Hugo hatten die Belegschaften zu einer gemeinsamen Belegschaftsversammlung zum 24. September zusammenberufen. Dort erklärten dieselben Bericht über ihre Verhandlungen mit den Betriebsverwaltungen betreffend Lohnfragen und Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln.

Nun behauptet ein Kesselwärter Maurer, Mitglied des Werkvereins, in der Versammlung wäre gesagt worden, es wäre Seife übrig geblieben und von den Leuten im Kesselhaus zur Seite geschafft worden; ferner wäre in der Versammlung kein Wort gesprochen worden von einer Lohnerhöhung der Lebertagarbeiter.

Saargebiet und Reichslande.

Schritte im Saarbezirk.

Im September haben wir im Saarbezirk 101 Aufnahmen zu verzeichnen, die sich auf folgende Orte verteilen: Altkirchen 1, Leiden 1, Lützel 3, Froshofen 3, Frankenholz 22, Bilschach 1, Gries 15, Jägerburg 4, Mittelbergach 7, Neunkirchen 5, Oberbergach 10, Miegelsberg 1, St. August 2, St. Marie aus Chenes 2, Waldmohr 11, Wiebelshofen 2 und Wirsbach 1.

Bei der am 6. September in Merlesbach getätigten Ausschuswahl wurden alle Kandidaten des Verbandes, Ausschussmänner und Ersatzleute, soweit sie unbedenklich beschäftigt sind, gewählt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 42. Woche (vom 8. bis 14. Okt. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Abtellenveränderungen.

Altenessen I. Der Vertrauensmann Mag Brandt wohnt jetzt in Altenessen I, Entschter Straße 21, 2. Etage. Horstermark. Da der Kassierer Franz Moritz verzoogen ist, so besorgt der Vertrauensmann Ernst Gröger, Industriestraße 18, bis auf weiteres die Kassierergeschäfte; bei demselben werden auch Unterstellungen ausgezahlt.

Kranzspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. gefleht: Dahlhausen I fleht für Oktober eine Kranzspendemarke.

Für den Monat August

hatten bis zum 30. September folgende Zahlstellen nicht abgerechnet: Bezirk Eichlinghofen: Gacheney; Bezirk Linden: Brebenfeld, Dahlhausen-Bierholz, Esborn, Herbede; Bezirk Oberhausen: Biefang; Bezirk Lahn-Dillkreis: Zeppenfeld, Salzbürg, Billigen, Weklar; Bezirk Wahnern: Wackerdorf, Langenbach; Bezirk Nordhausen: Nieitz, Tiefenort, Lessinghausen, Wolfstramshausen; Bezirk Senftenberg: Grünberg, Biedingen.

Für den Unterstützungsfonds

der Hinterbliebenen der zu den Fahnen einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein: Bezirk Necklinghausen: Marx 22,24, Bezirk Oberhausen: Duisburg-Laar 5,70, Meiderich I 15,25, Sterkrade II 12,—, Biefang 2,10, Meiderich III 11,80, Sterkrade II 3,— Mt. Hauptkass.

Sterbetafel

In September 1916 sind folgende Mitglieder gestorben: Rudolf Weidlich, Erkenschwick. Wilhelm Berg, Velsenkirchen VII. Ferd. Ortman, Velsenkirchen V. Hermann Sdrage, Marten. M. Günther, Niederhaphau. Christ. Görner, Weklar. Heinz. Kämpfe, Lüdingortmund. Ring. Sporf, Dählsh-Hürtterholz. Heinz. Oberschels, Oberhausen III. Karl Sghnfarek, Wanne. Paul Krzisch, Neuborf. Gerb. Michaid, Pochlarmark. Heinz. Siepmann, Annen I. Peter Douvermann, Kahlshof. Adam Franzowski, Sabinghorst. Kurt Franzbauer, Niederhaphau. Wilhelm Nordmann, Herbede. Friedr. Schäfer, Lüdingortmund. Hermann Weber, Meuselwitz. Karl Thierlich, Zellhammer. Heinrich Seibach, Oberhausen IV. Albert Wiebebach, Sothenmühlen. Ernst Behmann, Saus-Meurs. Josef Bial, Grushwerk. Louis Kalgari, Dahlhausen I. Jakob Senben, Homberg-Dothfeld. August Giesler, Weßfeld. August Haselbach, Gottesberg. Sam. Grungka, Döpel I. Wilhelm Bäger, Havel. Ernst Hüner, Nichtenanne. Johann Karl, Brambauer I. Heinrich Kuhn, Margloh II. Christian Krah, Löhnen-Sch. Heinrich Kessler, Bommern. Georg Toink, Ramen II. Josef Grapes, Schmidtshorf. Josef Sonta, Chwalowitz. Hugo Nubermann, Werben. Heinrich Bedmann, Witz-Baal. Ernst Seifert, Neuhädel. Heinrich Strahe, Weßfeld. Johann Webers, G.-Necklinghausen. Jakob Wapel, Sassel. Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Achtung Knappschäftsälteste!

Kommission Perne.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr,

Quartals-Sitzung

im Saale des Wirts Herrn Oldensberger in Wanne, Hammerstraße 12. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Obmann.